



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Der Westen hält zusammen!

G7-Gipfel war ein großer Erfolg für die Kanzlerin

Der G7-Gipfel im bayerischen Elmau war ein voller Erfolg. Klimaschutz, Meeresschutz, der Kampf gegen Epidemien und die russische Expansionspolitik – das waren die Themen, die den Gipfel bestimmten.

Am Sinn des Gipfels auf Schloss Elmau waren ja im Vorfeld vielfach Zweifel laut geworden: Das Treffen sei zu teuer, das Format aus der Zeit gefallen und die Themen nicht richtig gesetzt. So lauteten einige der Vorbehalte. Nach Abschluss des Treffens der Staats- und Regierungschefs aus den sieben führenden Industrienationen ist diese Kritik weitgehend verstummt. Nun ist allgemein von beachtlichen Ergebnissen die Rede. Selbst Vertreter von „Greenpeace“ lobten im Fernsehen ausdrücklich die Gipfelergebnisse. Und in der Tat: Dieser Gipfel war ein Erfolg, und es war auch ein ganz persönlicher Erfolg unserer Bundeskanzlerin.

Klare Haltung gegen die russische Expansionspolitik in Osteuropa

Von Elmau ging vor allem ein Signal aus, das auch für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion besonders wichtig ist: Die bedeutenden westlichen Staaten stehen zusammen und sprechen in den großen weltpolitischen Fragen mit einer Stimme. Besonders deutlich wurde dies in ihrer klaren Haltung zu Russland und dessen neuer Expansionspolitik. Wenn Russland nicht aufhört, die Ukraine zu destabilisieren, wird es auch kein Ende der Sanktionen geben.

Mit dieser Botschaft setzten die G7 ein deutliches Zeichen. Denn Russland versucht momentan, in vielen Regionen der Welt an Einfluss zu gewinnen. Das gilt nicht nur für die Ukraine, sondern auch für andere

Teile Europas – auch wenn dort nicht dieselben Methoden wie in der Ostukraine angewandt werden. Systematisch bemüht sich die russische Regierung, in ganz Europa die öffentliche Meinung zu beeinflussen, etwa durch Fernsehkanäle wie Russia Today. Auch im Internet werden von russischer Seite bewusst falsche Informationen verbreitet. Das alles ist ein Angriff auf den offenen Diskurs, der zum Wesenskern der Demokratie gehört.

Richtungsentscheidung beim Klimaschutz

Der Kanzlerin ist es zu verdanken, dass sich die G7 erstmals auf ein gemeinsames Klimaziel verständigten. Das ist eine Richtungsentscheidung für die Ende des Jahres in Paris bevorstehenden Verhandlungen über ein Weltklimaabkommen, weil die G7-Gruppe für rund ein Viertel des globalen Treibhausgasausstoßes verantwortlich ist. Bis 2050 soll sich die CO₂-Einsparung im Rahmen von 40 bis 70 Prozent gegenüber dem Wert von 2010 bewegen. Zugleich wurde das Ziel, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, erneut bekräftigt. Thema war erstmals auf einem G7-Treffen auch der Meeresschutz. Beschlossen wurde ein Aktionsplan, der Müllvermeidung und die Säuberung der Meere von Abfällen zum Ziel hat.

Genauso wichtig war das Bekenntnis zum freien Welthandel. Nun soll wieder Schwung in die Verhandlungen zwischen der EU und den USA über das geplante Freihandelsabkommen kommen. Wir brauchen dieses Abkommen – zur Sicherung unserer Arbeitsplätze, aber auch um der Welt ein Vorbild zu geben, wie fairer Handel ohne Schranken aussehen kann. ■

Zur Abwehr des Hacker-Angriffs die Kompetenzen aller Sicherheitsbehörden nutzen!

Auf das Netzwerk des Deutschen Bundestags ist ein schwerer Hackerangriff verübt worden. Aus Sicht der Unionsfraktion müssen selbstverständlich alle Kompetenzen, über die der Bund verfügt, zur Abwehr von Gefahren für den Deutschen Bundestag genutzt werden. Das gilt gerade auch für den Hackerangriff auf das Netzwerk des Deutschen Bundestags. Für die Unionsfraktion steht dabei außer Zweifel, dass die Bundestagsverwaltung in diesem Zusammenhang mit allen Bundesbehörden eng und konstruktiv auch weiterhin zusammenarbeiten muss. Es ist völlig unverständlich, wenn nun die Fraktion „Die Linke“ die Kompetenz des Bundesamtes für Verfassungsschutz nicht nutzen will. Dieses hochsensible Thema eignet sich nicht für parteipolitische Spielchen. Abgeordnete und Bürger haben ein Recht darauf, die Gefahren für die IT-Systeme des Parlaments schnell und umfassend zu erkennen und zu beseitigen. ■

Vorratsdatenspeicherung auf den Weg gebracht

Für die Speicherung von Verbindungsdaten zur Aufklärung schwerer Verbrechen hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jahrelang stark gemacht. Nun konnten wir mit dem Koalitionspartner einen Kompromiss finden. Alle Sicherheitsexperten haben in der Vergangenheit immer wieder gesagt, dass wir eine Vorratsdatenspeicherung brauchen, um erheblich besser nachvollziehen zu können, mit wem Terroristen telefonieren oder wer sich Kinderpornos im Internet anschaut. Es geht nicht um Temposünder, sondern um schwere Verbrechen! Dabei ist häufig die sog. „IP-Adresse“ die einzige Spur zu den Tätern. Bei der Formulierung des neuen Gesetzes mussten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt werden, das 2010 ein älteres Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung für ungültig erklärt hatte. Die Polizei wird die Daten nur nach einer Richterentscheidung im Einzelfall zur Aufklärung bestimmter Straftaten nutzen dürfen. Eine Eilkompetenz der Staatsanwaltschaft wird es nicht geben. Zudem wird es eine Höchstspeicherfrist von zehn Wochen für die IP-Adresse und von vier Wochen bei Handy-Standortdaten geben. Mit der geplanten Neuregelung können die Sicherheitsbehörden künftig mehr zu besserer Bekämpfung und Aufklärung von Verbrechen tun, auch wenn sich die Union in den Verhandlungen mehr hätte vorstellen können. Aber jeder Schritt, der uns hier weiterbringt, ist ein

Schritt in die richtige Richtung. Ohne unsere Kompromissbereitschaft wäre überhaupt kein Fortschritt zu erzielen gewesen. ■

Rüstungsprojekte Meads und MKS180 - Besserer Schutz und neue Verfahren

Das Verteidigungsministerium hat am Dienstag angekündigt, das Auswahlverfahren für ein taktisches Luftverteidigungssystem zu beginnen und ein neues Mehrzweckkampfschiff (MKS) auszuschreiben. Meads, das ab 2025 zur Verfügung stehen soll, dient der Landesverteidigung und kann unsere Soldaten im Einsatz schützen - insbesondere durch den 360-Grad-Wirkungswinkel. Den Entwicklungsprozess des Systems begleiten wir, indem wir zu genau festgelegten Zeiten die Fortschritte überprüfen. Verspätungen und Preissteigerungen lassen sich so leichter feststellen. Gleichzeitig hat das Ministerium beschlossen, die Entwicklung eines neuen Mehrkampfschiffes (MKS) auszuschreiben. Durch die europaweite Ausschreibung des MKS180 wird der Auswahlprozess für die Bundeswehr und das Parlament um ein vielfaches transparenter. Die Marine erhält mit dem MKS 180 einen ganz neuen Schiffstyp, der durch die Verwendung von Modulen leichter veränderten Einsatzszenarien und Aufgaben angepasst werden kann. Auch hier wird die Kontrolle verbessert, indem der Entwicklungsprozess von externen Sachverständigen begleitet wird. ■

Religionsfreiheit gewähren – Neuer Flyer der Fraktion

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das „C“ in ihrem Namen Programm. Sie macht Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Das bedeutet auch, dass sie sich für Religionsfreiheit und den Schutz bedrohter Christen weltweit einsetzt. In einem neuen Informationsfaltblatt erklärt die Fraktion die Beweggründe für ihr Engagement. Wenig bekannt ist die Tatsache, dass Christen weltweit am stärksten unter Bedrängnis und Verfolgung leiden. In dem Faltblatt wird anhand von Fragen und Antworten die Situation der Christen in verschiedenen Teilen der Welt geschildert. Auch die Gründe für diese Situation werden unter die Lupe genommen. Nicht zuletzt beantwortet die Fraktion die Frage, auf welche Weise sie sich für den Schutz der bedrohten Christen einsetzt und was sie überhaupt tun kann. Das Faltblatt kann auf der Internetseite der Unionsfraktion abgerufen werden. ■

https://www.cducsu.de/sites/default/files/cdu-csu_fl_religionsfreiheit_web.pdf